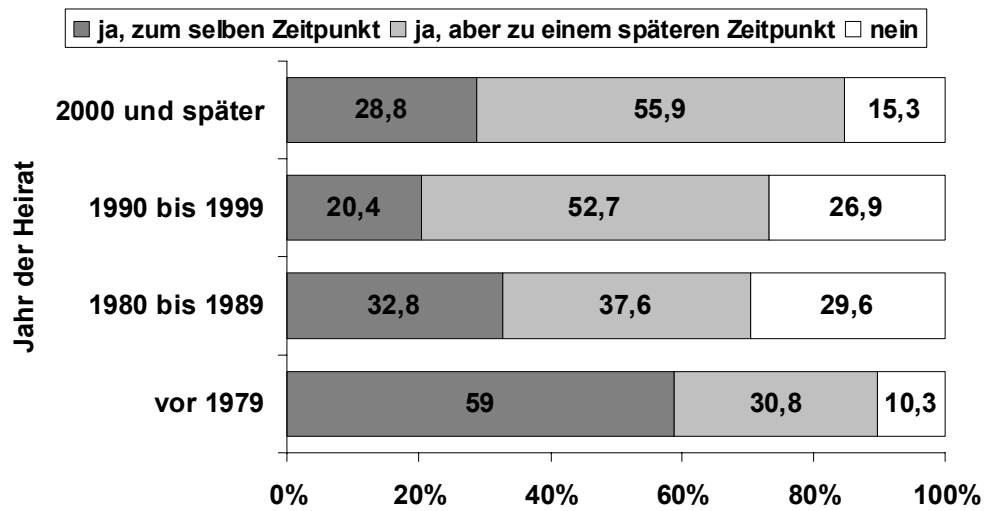


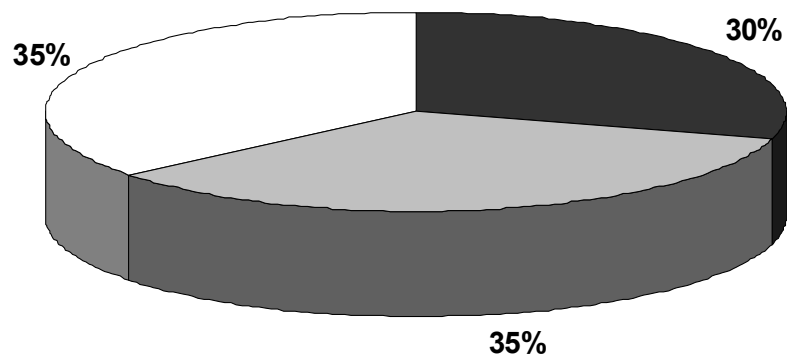
ANHANG

**Frage 6: Wenn es eine andere Möglichkeit des Zusammenlebens gegeben hätte, hätten Sie trotzdem geheiratet?
 (nur deutsche Befragte)**

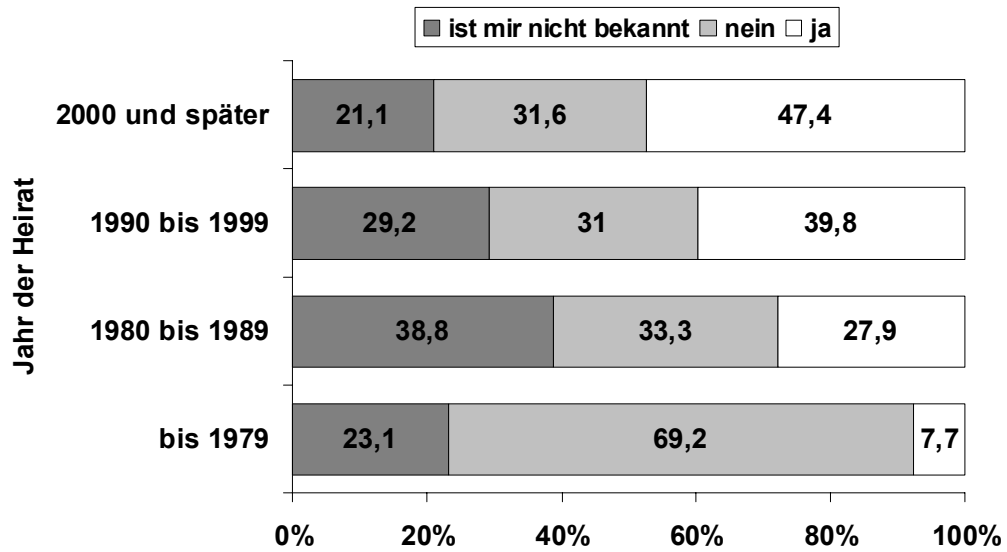


Frage 11: Haben Überprüfungen in Richtung "Scheinehe" stattgefunden? (n=619; nur deutsche Befragte)

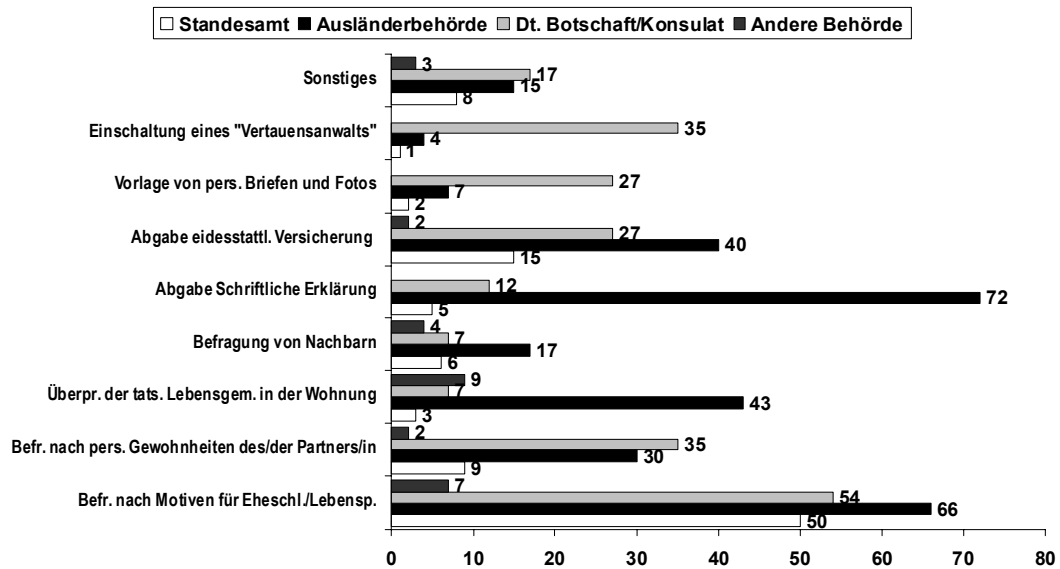
■ ist mir nicht bekannt ■ nein □ ja



Frage 11: Haben Überprüfungen in Richtung "Scheinehe" stattgefunden? (n= 619; nur deutsche Befragte)

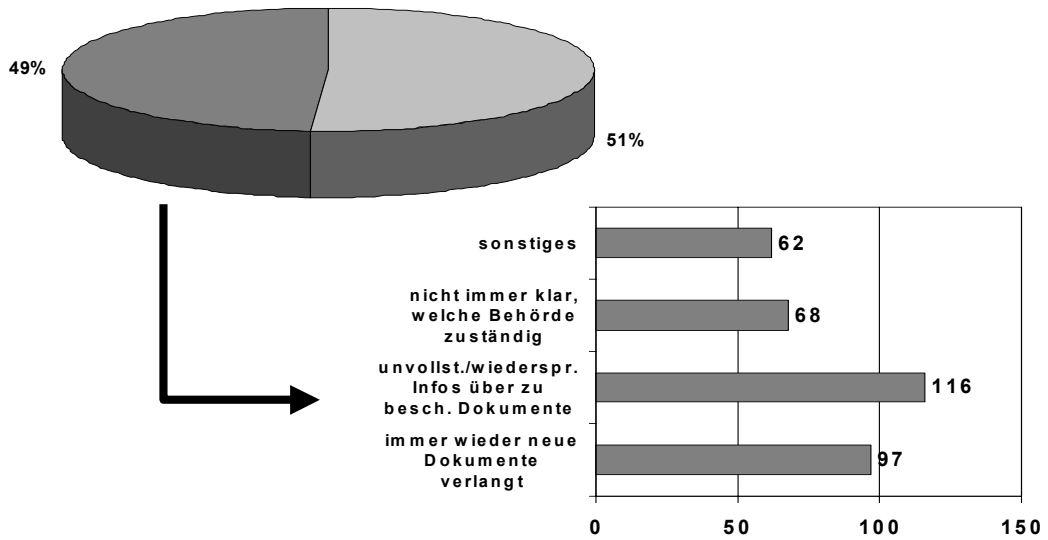


Frage 11.1: Form der Überprüfungen in Richtung "Scheinehe"
 (n=220; nur deutsche Befragte)



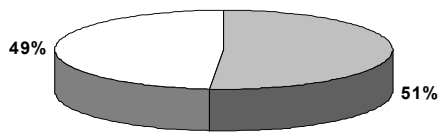
Frage 12.1: Der Ablauf der Verfahren zur Eheschließung in Deutschland war/ist ...

■ zu jeder Zeit durchschaubar ■ nicht immer durchschaubar



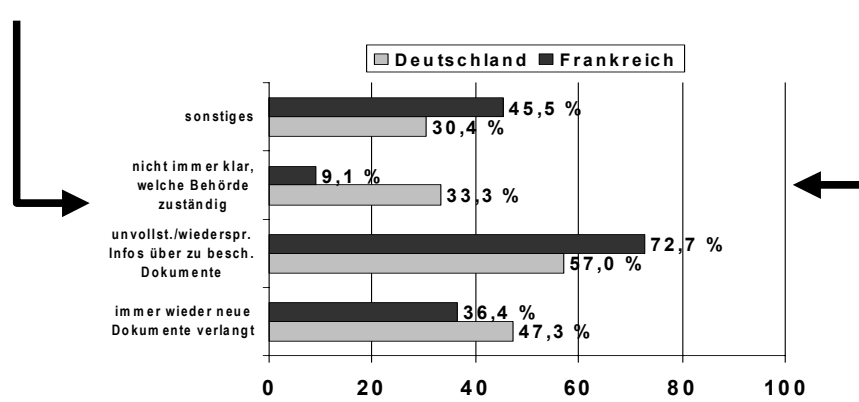
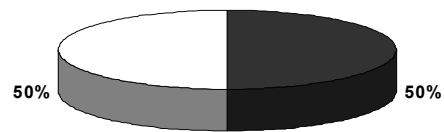
Frage 12.1: Der Ablauf der Verfahren zur Eheschließung in Deutschland war/ist ...

zu jeder Zeit durchschaubar nicht immer durchschaubar



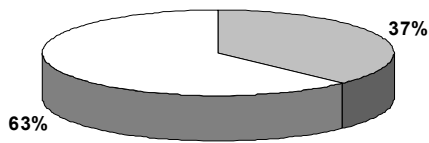
Frage 12.1: Der Ablauf der Verfahren zur Eheschließung in Frankreich war/ist ...

zu jeder Zeit durchschaubar nicht immer durchschaubar



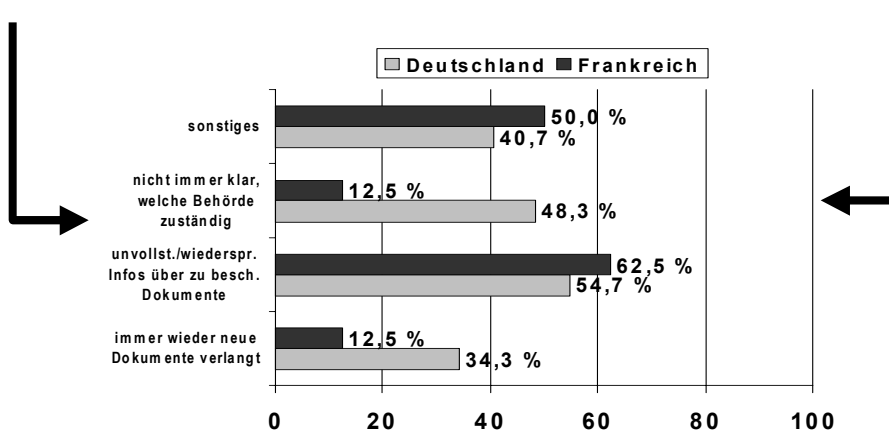
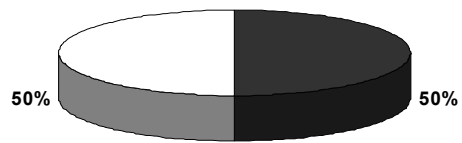
Frage 13.1: Der Ablauf der Verfahren zur Familienzusammenführung in Deutschland war/ist ...

zu jeder Zeit durchschaubar nicht immer durchschaubar

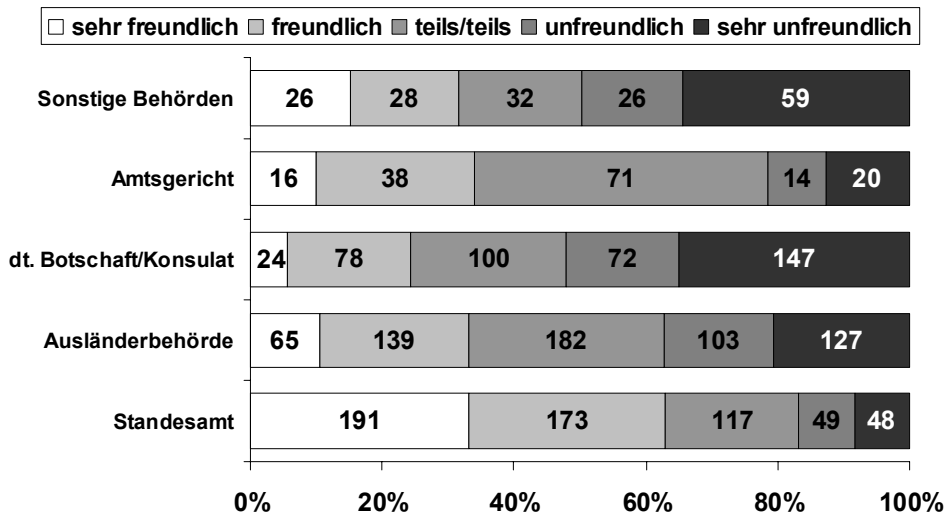


Frage 13.1: Der Ablauf der Verfahren zur Familienzusammenführung in Frankreich war/ist ...

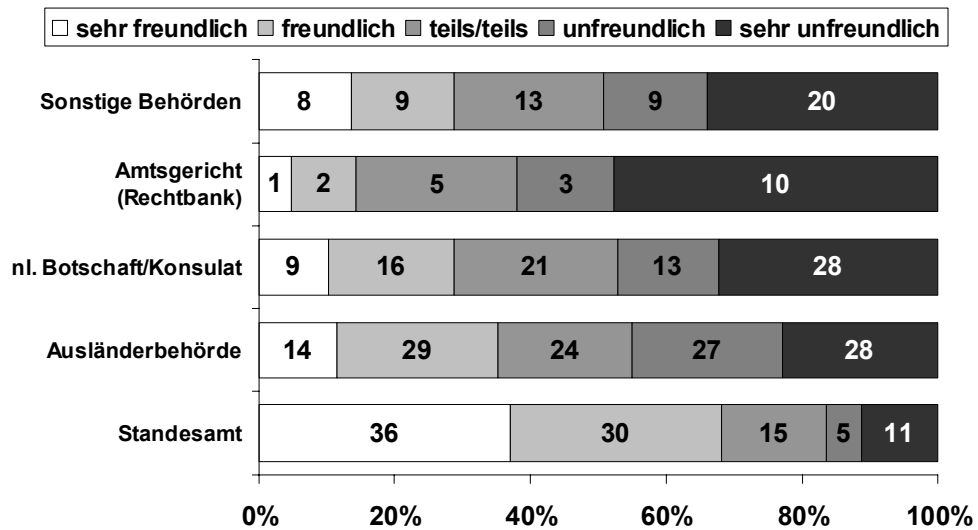
zu jeder Zeit durchschaubar nicht immer durchschaubar



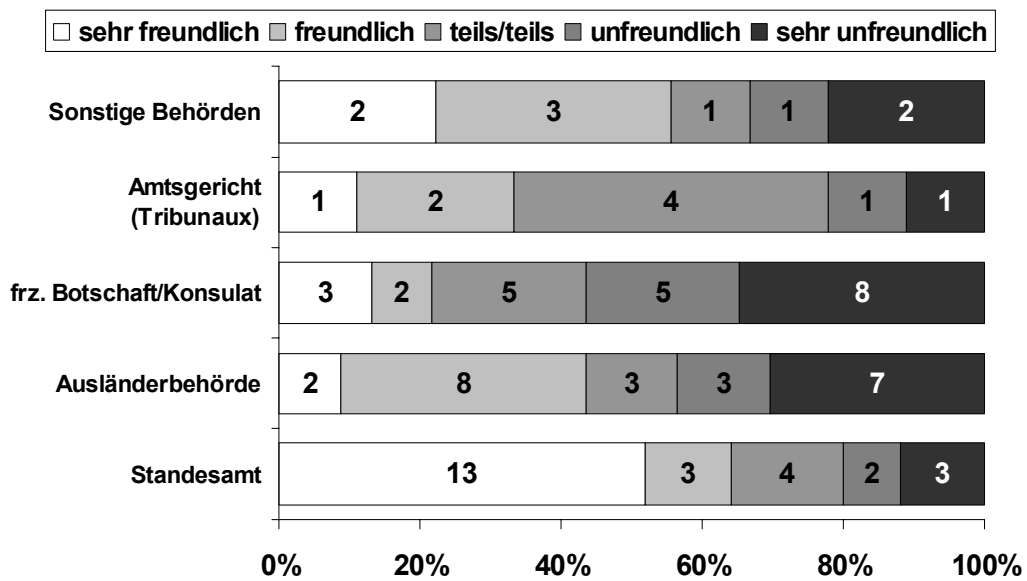
Frage 19: Bewertung des Verhaltens der Mitarbeiter/innen der kontaktierten Behörden (nur deutsche Befragte)



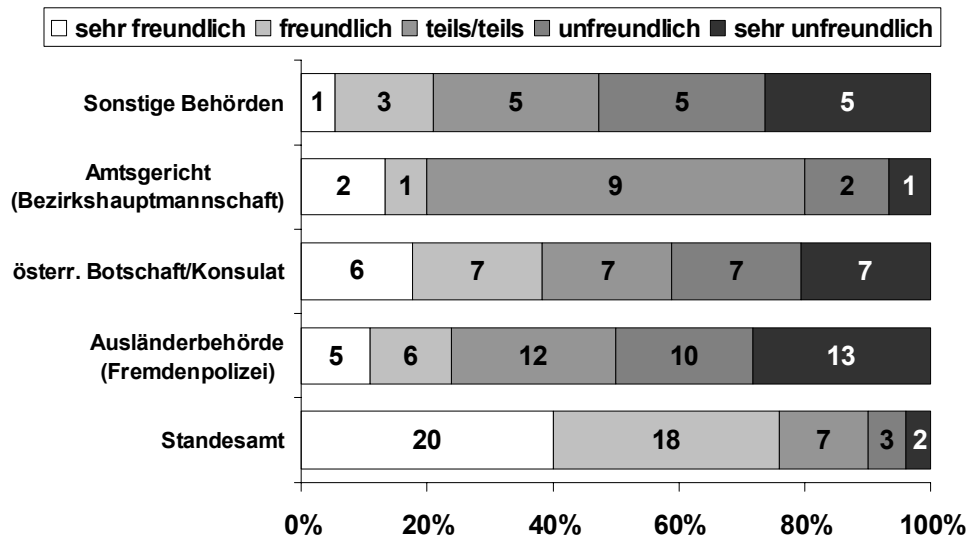
Frage 19: Bewertung des Verhaltens der Mitarbeiter/innen der kontaktierten Behörden (nur niederländische Befragte)



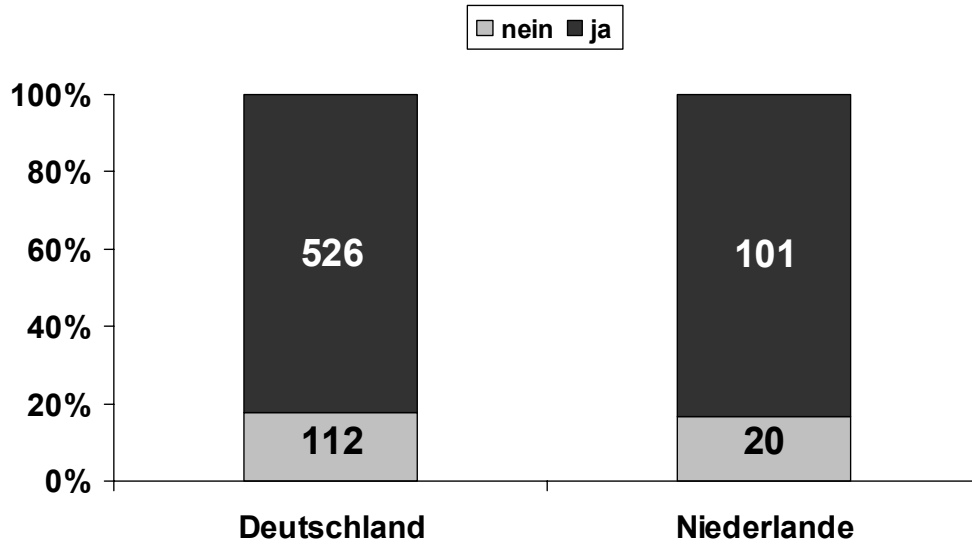
Frage 19: Bewertung des Verhaltens der Mitarbeiter/innen der kontaktierten Behörden (nur französische Befragte)



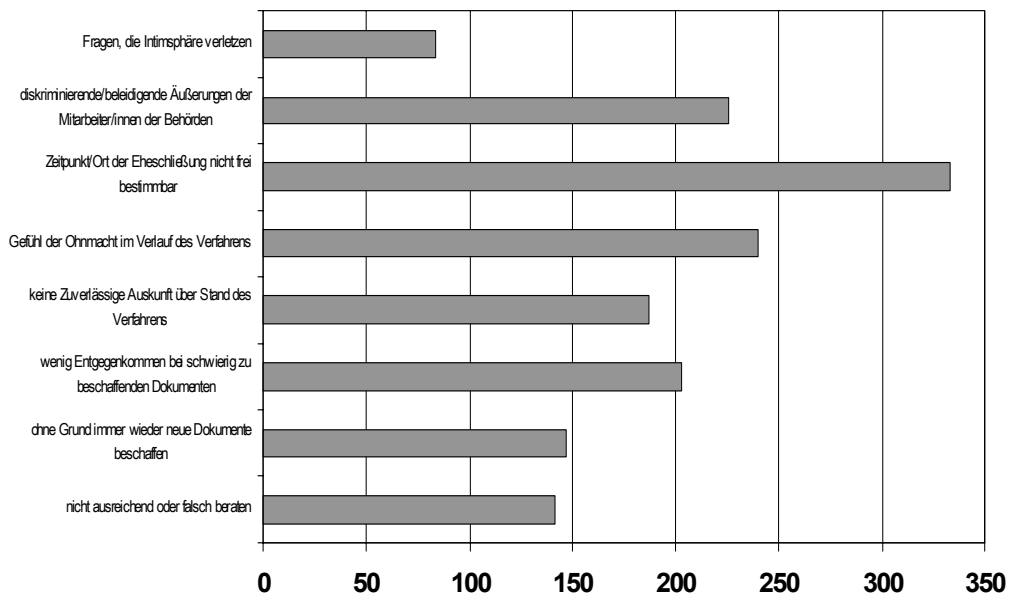
Frage 19: Bewertung des Verhaltens der Mitarbeiter/innen der kontaktierten Behörden (nur österreichische Befragte)



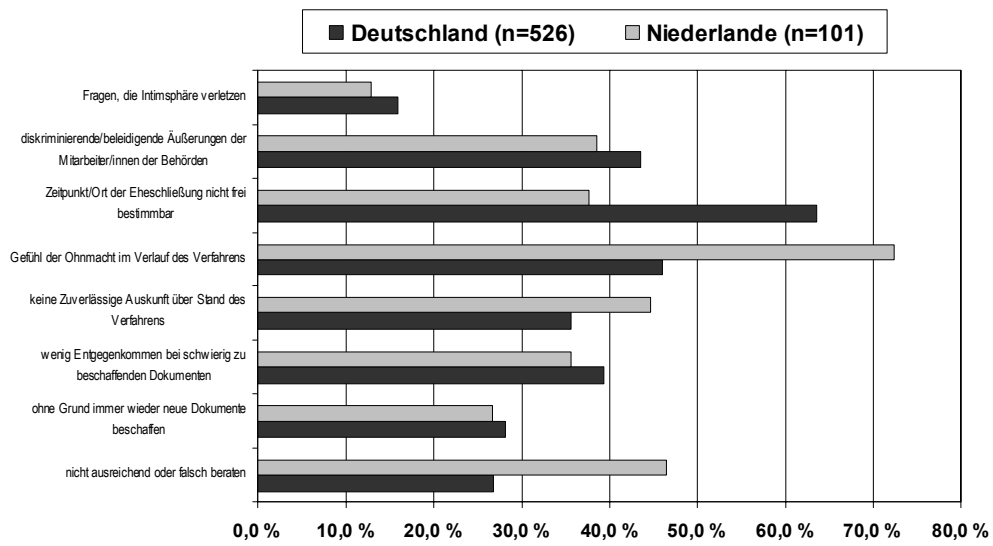
Frage 20.1: Fühlten Sie sich insgesamt durch das Verfahren gegenüber deutsch-deutschen bzw. niederländisch/niederländischen Paaren benachteiligt?



Gründe für das Gefühl der Benachteiligung gegenüber deutsch-deutschen Paaren:

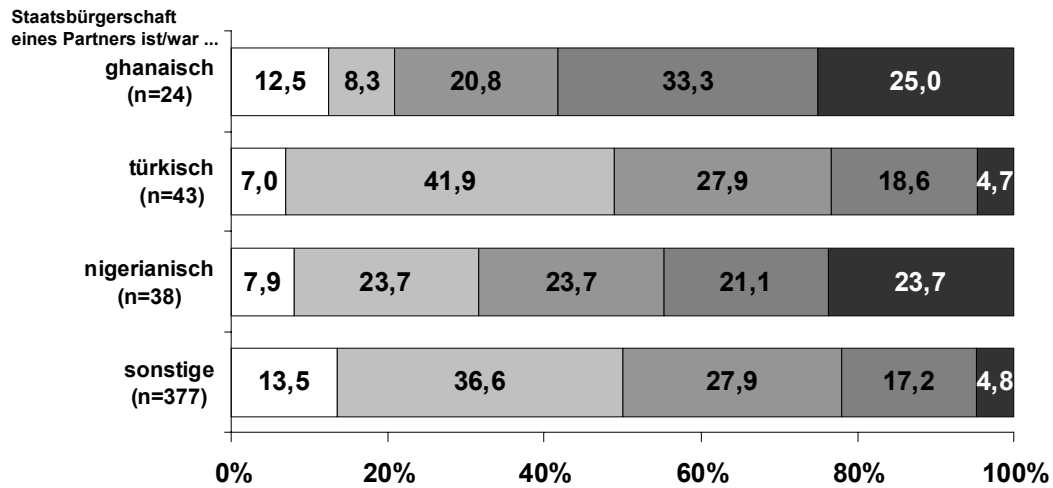


Gründe für das Gefühl der Benachteiligung gegenüber deutsch-deutschen bzw. niederländisch-niederländischen Paaren:

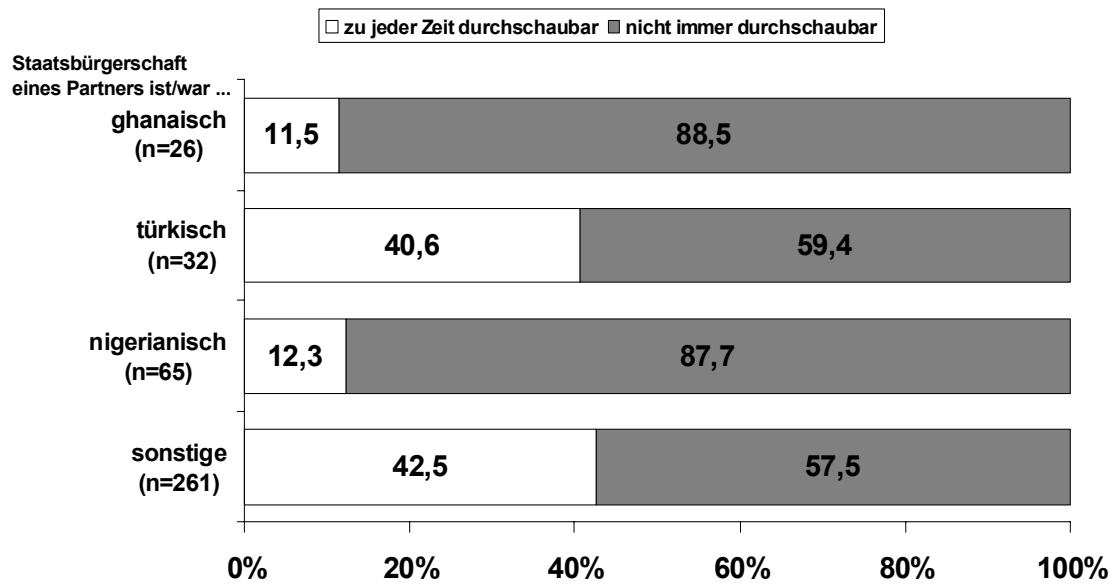


Frage 10.1.1 (wenn Ehe in D/NL/F/A geschlossen wurde):
 Wie lange dauerte das Verfahren vom Zeitpunkt der ersten konkreten
 Bemühungen ... bis zur Eheschließung?

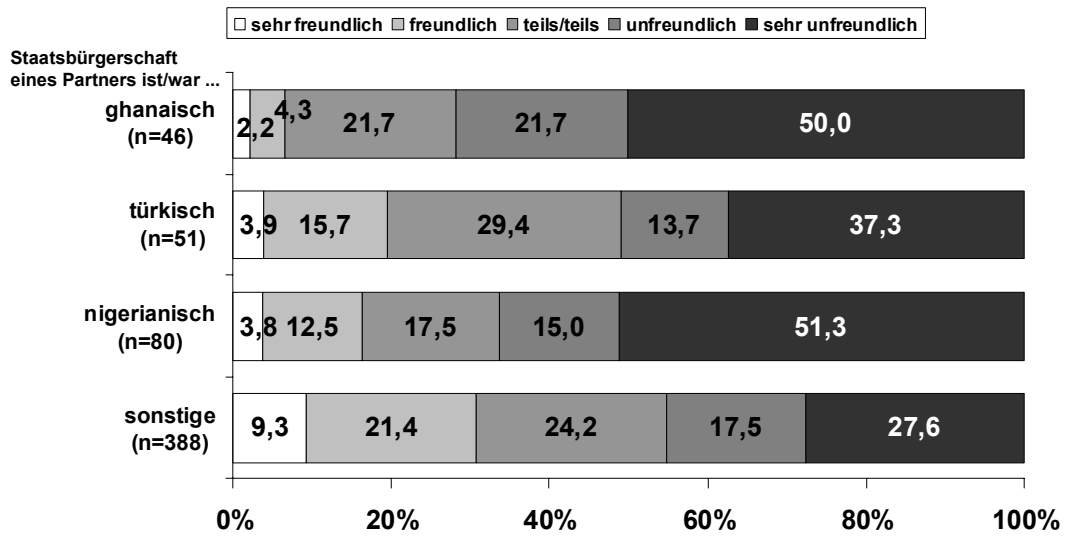
□ weniger als 6 Wochen □ 6 Wochen bis 3 Monate □ 3 bis 6 Monate □ 6 bis 12 Monate ■ länger als 12 Monate



Frage 13.1: Der Ablauf des Verfahrens zur Familienzusammenführung war ...



Frage 19: Bewertung des Verhaltens der Mitarbeiter der Botschaften/Konsulate



Strategien gegen Diskriminierung

Die Projektergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Diskriminierung von binationalen Familien und Lebensgemeinschaften im Wesentlichen bewirkt wird durch:

Gesetze oder auch umgekehrt das **Fehlen gesetzlicher Regelungen**
Intransparente, komplizierte und überlange **Verwaltungsverfahren**
Vorurteile einzelner MitarbeiterInnen in Behörden und ein mitunter mangelhaftes
Bewusstsein für diskriminierende Praktiken bei den Verantwortlichen .

Verursacht und gefördert wird die Diskriminierung im wesentlichen durch den **politischen und medialen Diskurs über Einwanderung**, unter anderem eine rassistisch und sexistisch aufgeladene **Scheinehen-Diskussion**.

Der europäische Vergleich hat die Gegenüberstellung in den einzelnen Ländern möglich gemacht und die Bandbreite dessen gezeigt, was rechtlich und praktisch möglich ist. Aus diesen Erkenntnissen heraus ergeben sich aus dem Projekt *fabienna* folgende **Empfehlungen zur Vermeidung und Bekämpfung von Diskriminierung**:

1. Gesetze

Gesetzliche Regelungen, die sich direkt oder indirekt diskriminierend auf binationale Paare auswirken, sind zu überprüfen und ggfs. abzuschaffen. Das bedeutet u.a.:

Garantie des **Rechts auf freie Lebensgestaltung** durch die Ausweitung der Möglichkeiten, Partnerschaft und Aufenthaltsrecht zu verknüpfen; insbesondere das Recht auf Verwirklichung der Lebensgemeinschaft **ohne „Zwang“ zur Eheschließung**
Abschaffung der durch Gesetze legitimierten Scheinehenkontrollen

Familienrechtliche Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren in den europäischen Staaten (Konexion von Familienstand und Aufenthaltsrecht) und klare Richtlinien mit wenig Ermessensspielraum; übergangsweise muss zumindest die gesetzliche Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft geschaffen werden, wo es diese bislang nicht gibt (z.B. Österreich)

Regelmäßige Evaluation von Gesetzen, Erlassen und Durchführungsbestimmungen auf indirekte oder direkte diskriminierende Wirkungen: z.B. Erlasse zur Anerkennung ausländischer Dokumente, die dazu führen, dass Eheschließungen unmöglich gemacht werden (vgl. Regelungen für Asylbewerber in Österreich)

*Darüber hinaus ist die zügige und umfassende **Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien** in den Mitgliedsstaaten zu fordern, vor allem dort, wo es bislang keine Antidiskriminierungsgesetze gibt (Deutschland, Österreich).*

*Im Zuge der Harmonisierung **europäischer Einwanderungspolitik** ist – insbesondere bei den derzeitigen Beratungen über die Richtlinie zur Familienzusammenführung – darauf zu achten, dass das Recht auf Familienleben stärker als bisher verankert wird. Dazu gehört eine Ausweitung des Familienbegriffs auf Angehörige auch außerhalb der Kernfamilie (z.B. Großeltern, Seitenverwandte), die Vereinheitlichung von Verfahrensprozeduren zu Gunsten der Antragsteller etc.*

2. Verfahren und Behördenpraxis

Intransparente Verfahren, an denen mehrere Stellen im In- und Ausland beteiligt sind, bergen ein erhöhtes Diskriminierungsrisiko. Sie befördern Behördenwillkür und schränken die Handlungs- und Einflussmöglichkeiten der Betroffenen ein, da oft nicht mehr erkennbar ist, wo die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten liegen. Außerdem führen sie zu hohen

Kosten für die Paare. **Grundsätzlich muss gelten: das Recht auf Familienleben und freie Partnerwahl steht an oberster Stelle.**

Zu fordern ist deshalb:

- die **Überprüfung von Verfahrensregelungen** (insbesondere zur Eheschließung, Familienzusammenführung und Niederlassung) **auf unmittelbar und mittelbar diskriminierende Maßnahmen**, insbesondere bei der Frage der Scheinehenüberprüfungen und der Anerkennung ausländischer Urkunden.
- die Installation von **verfahrensrechtlichen Schutzmechanismen**, die helfen, das Privatleben zu schützen
- die **Verkürzung der Verfahrensdauer**
- eine veränderte Haltung im **Umgang mit ausländischen Urkunden**: Maßstäbe, die an mitteleuropäische Urkunden angelegt werden, können nicht für Länder gelten, in denen es ein völlig anderes Personenstandswesen gibt. Gegebenenfalls ist z.B. auf Legalisationen zu Gunsten von eidesstaatlichen Erklärungen zu verzichten.

Zum Abbau von Diskriminierung durch Behörden gehört außerdem, dass:

- **Bürgernähe und Kundenorientierung**, wie sie moderne Verwaltungen kennzeichnen sollten, auch zum Leitprinzip für Ausländerbehörden und Botschaften werden.
- die **interkulturelle Kompetenz** gefördert und **Maßnahmen zum Abbau von Rassismus in Behörden** getroffen werden. Diese sind als Top-Down-Prozesse zu verstehen (= die Zuständigkeit zur Umsetzung liegt bei den Weisungsbefugten und politisch Verantwortlichen). Denkbar wäre die Entwicklung von „Codes of Conducts“ (Verhaltenskodices) nach niederländischem Modell.
- dass verständliches und übersichtliches **Informationsmaterial** (Broschüren, Informationsblätter, Websites) zur Verfügung gestellt wird.
- ein verstärkter **Austausch zwischen Behörden und Interessenvertretungen** von Binationalen und MigrantInnen stattfindet. Die Initiative ist von beiden Seiten zu ergreifen. Die zumeist positiven Erfahrungen, die im Rahmen von *fabienne* bei Gesprächen mit Behördenvertretern gemacht werden konnten, zeigen, dass hierin ein gangbarer Weg liegt.

3. Politischer und medialer Diskurs

Wie in Politik und Medien über die Themen der Einwanderungsgesellschaft berichtet wird, entscheidet wesentlich über Förderung oder Abbau von Diskriminierung. Deshalb sind an dieser Stelle zu fordern

- eine nachhaltige, vorurteilsfreie, humane Einwanderungspolitik in Europa
- ein verantwortungsvoller Umgang mit Fragen von Einwanderung im politischen und medialen Diskurs und eine verstärkte, positiv besetzte Debatte um Interkulturalität
- ein Gegensteuern in den Medien zu den stereotypen Bildern in Richtung auf eine Anerkennung interkultureller Lebensformen als – zukunftsweisende - Normalität.

Presseberichte
